

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post, | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

63. Jahrgang

Leipzig, den 2. September 1925

Nummer 70

Am Donnerstag, dem 27. August, entriß uns der Tod unsern treuen, unvergeßlichen Freund und Kollegen

Paul Schliebs

Mit dem Verstorbenen ist einer der Größten und Besten des Verbandes dahingegangen, dessen Bedeutung über den Rahmen unsrer Organisation hinausging. Sein Leben war ganz in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vom Vertrauen der gesamten Gehilfenschaft und Prinzipalität getragen, wirkte er als Geschäftsführer des Tarifamts in unermüdlicher Tatkraft an dem Aufbau und der Durchführung der Tarifgemeinschaft, schuf er in 30-jähriger, bis zur Selbstaufopferung gehender Tätigkeit unvergängliche Werte für das Buchdruckgewerbe. Lauter und unantastbar an Charakter, stand er als Sachwalter gemeinsamer Interessen in strenger Rechtlichkeit stets über den Parteien. Seine Lebensarbeit, die auch weit über das Buchdruckgewerbe hinaus ihre Wirkung hatte, kann erst an anderer Stelle volle Würdigung finden. Sie sichert ihm für alle Zeiten ein ehrendes Andenken in den Herzen der gesamten deutschen Buchdrucker.

Berlin, den 29. August 1925

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Zum Streik im Schriftgießereigewerbe

Infolge der in letzter Nummer schon bekanntgegebenen, geradezu aufreizenden Bedingungen der Schriftgießereibesitzer bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden haben die Vertreter der Schriftgießereiarbeiterschaft den Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministers auf Einsetzung eines vereinbarten Schiedsgerichts abgelehnt. Die mehrfach und in blühdigster Form seitens der Vorsitzenden der Schriftgießerei beisehr abgegebene Erklärung, daß sie sich einer andern Entscheidung über die Einsetzung der Streikenden als derjenigen, diese nur nach Bedarf oder Geschäftslage vorzunehmen, nicht zustimmen werden, machte es den Arbeitervertretern unmöglich, den Vorschlag des Regierungsvertreters anzunehmen.

Sehr bezeichnend ist es aber für das Schwinden des Einflusses der Diktatoren unter den Schriftgießereibesitzern, daß von Unternehmerseite der Vorschlag zur Einsetzung eines neuen Schiedsgerichtes angenommen und beim Reichsarbeitsminister eine diesbezügliche zustimmende Erklärung am 29. August abgegeben wurde.

Da jedoch nach dem gänzlich provokatorischen Verhalten der Führer der Schriftgießereibesitzer vor dem Reichsarbeitsministerium für die Arbeitervertreter keine Möglichkeit besteht, die Frage der restlosen Wiedereinstellung der Streikenden einem Schiedspruch zu unterstellen, so wird nun der Kampf in offizieller Form als sogenannter Weltkrieg zwischen den Vertretern der Streikenden auf Grund von Richtlinien über die Lohnfrage

verändert, die inwischen den betreffenden örtlichen Vertretern der Arbeiterschaft schon zugegangen sind, kann die Arbeit sofort aufgenommen und können die Betriebe wieder in geordneten Gang gesetzt werden. Wo das jedoch nicht geschieht, und wo noch versucht werden sollte, mit Streikbrechern dem deutschen Buchdruckgewerbe unbrauchbares Schriftlen- und Linienmaterial aufzubausen, da wird dafür gesorgt werden, daß die entsprechenden Beweise der Öffentlichkeit augenblicklich gemacht werden. Schon jetzt haben wir traurige Proben solcher Pfuscharbeit vorliegen. Wenn wir die Namen der betreffenden Lieferanten hier noch nicht veröffentlichen, dann geschieht das nur in der Annahme, daß die Firmen, jetzt, wo der ihnen von der Leitung des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer als „Siegestag“ vorgegaukelte 21. August vorbei ist, ohne ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen, einsehen werden, daß es nun an ihnen liegt, zu handeln, nachdem die Strategie des Vereins Deutscher Schriftgießereibesitzer nichts anderes fertig gebracht hat, als mit riesenverlusten ihre Betriebe schon monatelang stillzuliegen!

Die Streikenden wollen arbeiten und für ehrliche Arbeit auch einen ehrlichen Lohn haben. Niemals aber werden sie von ihren Organisationen im Stich gelassen werden, um hilflos und wehrlos zu Verrentern an ihren Arbeitsbrüder und -schwester zu werden. Das ist heute noch wie am ersten Tage des Kampfes und wird auch in Zukunft das Geißel der gegenseitigen Treue und Solidarität der gesamten deutschen Buchdruckerarbeiterschaft sein und bleiben. Treue um Treue für ehrliche Arbeit und im ehrlichen Kampf! Die Feinde der Schriftgießereiarbeiterschaft sind auch unsre Feinde, ihre Freunde auch die unsrigen!

Buchhändler und Buchgemeinschaften

Es war durchaus notwendig, den Kampf der Buchhändler gegen die Buchgemeinschaften im „Korr.“ zu eröffnen, wie das in Nr. 59 geschehen ist, und es dürfte vielleicht nicht schaden, wenn noch einiges dazu gesagt wird. Wie die Schriftsetzer von den Verlegern behandelt werden, das wurde ja nicht erst in der Nr. 59 aufgezeigt, sondern der Notzettel aus dem „Berliner Tageblatt“ vom 15. Juni, den Herbert Gutenberg dem Buchhändler-Börseverein ins Gesicht schrie (s. „Korr.“ Nr. 52), zeugt ja eindringlich und geradezu vernichtend gegen die Maßnahmen dieser Korporation überhaupt. Das dort die Nichtachtung der Schriftsteller beklagt wird, ist zu verstehen; und es ist auch begreiflich, daß Gutenberg nicht für den einzelnen die besondere Beachtung fordert, sondern für den gesamten Schriftstellerberuf überhaupt. Der einzelne kann ja sowieso ein Viechchen singen von der Verhöhnung des Schriftstellers durch den „Arbeitsgeber“ Verlag. Für seine ganze Jahresproduktion erhielt a. B. ein Schriftsteller insgesamt das fürstliche Salär von 500 Mk.; ein anderer erhielt für einen Roman, an dem er wochenlang gearbeitet hatte, 75 Mk. O ja, die Herren wissen die geistige Arbeit schon einzuschätzen; denn bei der Bezahlung der Arbeit müssen sie ja den Geldbeutel auf tun!

Ganz anders eingestellt sind sie aber, wenn es um ihren Profit geht, d. h. wenn ihnen von irgendeiner Seite Gefahr droht, die ihre hineinsche Mauer durchbrechen könnte. Dann müssen sogar die Kartellgerichte heranziehen, um den „geheiligsten Profit“ sichern zu helfen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Börseverein über eine Antiquariatsfirma die Sperre verhängte mit der Begründung, daß sie Bücher unter dem festgesetzten Ladenpreis verkaufte, und daß sie ferner in Fällen, in denen ein solcher Verkauf unter dem Ladenpreis mit Einwilligung des Verlegers zulässig war (hauptsächlich für zurückgekehrte Bücher aus minderwertigem Material), in ihren Projekten verschwieg, daß es sich um solche zurückgekehrten Bücher handle, und den Anschein erweckte, als ob sie normale Bücher billiger als andere Buchhändler lieferte. Aus eigener Anschauung kann ich allerdings sagen, daß mit diesen Maßnahmen der Antiquariatsfirma manche „ordentliche“ Buchhandlung in Berlin konkurrieren kann; denn es ist mindestens die gleiche Zurechtweisung des Publikums, wenn man offenbar minderwertige Bücher der Kriegs- und zeitigen Nachkriegsproduktion mit Preischildern verpackt, auf denen z. B. zu lesen ist: „Statt 5 Mk. jetzt 3 Mk.“ Der Käufer glaubt vorteilhaft einzukaufen und wird in Wirklichkeit betrogen.

Interessant ist die Begründung des Kartellgerichts, von dem sich der Börseverein Deutscher Buchhändler die Einwilligung zum Verhängen der Sperre einholte. Die gesperrte Firma hatte zunächst zur Begründung ihres Tuns dem Gericht gegenüber ausgeführt, daß das Verlangen zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ladenpreise schon deshalb unberechtigt sei, weil die Verleger den Warenhäusern und Großantiquariaten höhere Rabatte als den Sortimentern einzuräumen und diese Großabnehmer infolgedessen billiger als zum festgesetzten Ladenpreis verkaufen könnten. Auch sei die strikte Einhaltung der vorgeschriebenen Ladenpreise, wenn ein Sortimenter von den Großantiquariaten mit einem größeren als dem üblichen Rabatt Bücher bezogen habe, wirtschaftlich ungerechtfertigt und unter Umständen sogar strafbar, weil Bücher angenommen werden könne. Das Kartellgericht aber schloß sich diesem Standpunkte nicht an, sondern führte, nach dem „Berliner Tageblatt“, in der Begründung folgendes aus:

„Dem Kartellgericht ist aus eigener Sachkunde bekannt, daß es dem Buchhändlerbörseverein schon vor längerer Zeit gelungen ist, die Einhaltung der Ladenpreise auch bei den Warenhäusern durchzusetzen, und daß die Großantiquariate nur solche Bücher mit außergewöhnlich hohen Rabatten und ohne Ladenpreiszwang abgeben, für die ein Ladenpreis nicht mehr vorgegeben ist. Wenn tatsächlich einzelne Zwischenhändler anders verfahren sollten, so handelt es sich um Ausnahmen. Gegen die Festsetzung von Ladenpreisen können zunächst im Hinblick auf die Interessen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls grundsätzliche Bedenken nicht erhoben werden. Diese seit Jahrzehnten bestehende Einrichtung bildet die Grundlage des gesamten innerdeutschen Buchhandels; sie wird nicht allein zugunsten des Buchhändlerstandes, sondern — da die Ladenpreise von dem Sortimentsbuchhändler nicht überschritten werden dürfen — auch im Interesse der Konsumenten gehandhabt. Weite Kreise der Abnehmererschaft, die an einer für sie vorteilhaften Gestaltung des Buchhandels ein erhebliches Interesse haben, erblicken in der Durchführung des Ladenpreiszwanges einen Schutz ihrer eigenen Interessen. Eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls wäre nur tatsächlich dann zu befürchten, wenn der in dem Ladenpreis enthaltene Gewinn des Sortimentsbuchhändlers ungebührlich hoch wäre, und wenn die Durchführung des Ladenpreiszwanges dazu bestimmt wäre, in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Bücherpreise hochzuhalten. Für eine solche Annahme habe aber die Verhandlung keinen Anlaß gegeben. Wenn auch für Werke der schönen Literatur die Rabattsätze höhere seien, so liegt ein Ausmaß darin, daß die für wissenschaftliche Werke gewährten Rabatte so niedrig seien, daß dem Verleger aus dem Verkauf dieser Bücher kaum ein Verdienst bleibt. Aus allen diesen Gründen lag in der Sperrmaßnahme, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Antiquariatsfirma nicht unbillig beeinträchtigt, auch keine Gefährdung der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls. Die Sperre ist daher aufrechterhalten worden.“

Was uns Buchdrucker bei dieser Begründung des Kartellgerichts besonders nahe anzieht, das sind die Betrachtungen über die Preise und Gewinne des Buchhandels. Wir Buchdrucker wissen, daß sich die „Börseverein“ sehr schwer in ihre Karten hineinschauchen lassen; trotzdem aber darf hier verraten werden, daß bei der Preisbildung für kompli-

ziertere Werke ein Drittel des Preises auf die Herstellung und zwei Drittel auf den Handel entfallen! Bei einfachen Werken verzieht sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der Herstellung, und zwar ein Fünftel zu vier Fünftel der Verkaufspreise, die dem Handel anheimfallen. Die Herstellung durch den Buchdrucker begreift aber auch noch das Papier mit ein, das nicht gering einzuschätzen ist, während beim Handel sich Verlag und Kommissionär mit dem Verkäufer den Raub teilen. Das muß man sich an einer Zahl klar machen, um die ganze Tragweite der buchhändlerischen Berechnungsmethoden zu erfassen. Ein Buch zum Ladenpreis von 3 Mk. wirft für den Verkäufer mindestens 1 Mk. ab; ferner erhält der Verlag mitsamt dem Kommissionär 1 Mk., und der Buchdrucker — aber nur, wenn er das Papier zu dem Wert lieferte, was immer seltener wird — ebenfalls 1 Mk.! Rechnet man für Papier 10 Proz. ab, dann verbleiben also 90 Pf.! Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Büchern, die mit mehr als 33½ Proz. Buchhändlerabatt abgegeben werden. 35, 40 und 50 Proz. Rabatt sind durchaus nichts Seltenes! Dazu gibt es dann noch statt 5 Exemplare 6 oder 11 statt 10! Also noch ein Freiemplar bei Bar- oder Partiebezug. Die Bestellzettel zum „Buchhändler-Börseblatt“ geben allerhand Fingerzeige auf diesem Gebiet.

Aus diesem Gesichtswinkel heraus ist auch der Kampf des Börsevereins gegen den Deutschen Buchdruckerpreistarif zu begreifen (s. a. „Korr.“, Nr. 46, 47, 48), der natürlich nicht anders bekämpft werden kann, als mit einem Seitenhieb auf die Löhne der Buchdruckergehilfen! Ferner wird nach dieser zahlenmäßigen Gewinnfeststellung vielleicht auch klar, weshalb sich der Börseverein so sehr gegen die Buchgemeinschaften wendet: er fürchtet eine bedeutende Schmälerung seines reichlichen Profits! Allerdings gehen besonders die Arbeiterbuchgemeinschaften nicht vom Gewinnstandpunkt aus. Die Büchergilde Gutenberg unsres Bildungsverbandes hat sogar als obersten Leitsatz, daß der erzielte Gewinn restlos den Mitgliebrern zugute kommen soll durch bessere Ausstattung der Bücher! Beim „regulären“ Buchhandel verfährt man umgekehrt: auf Kosten des Profits muß die Ausstattung leiden oder es ergehen sich Preise, die ein normaler Mensch für Bücher ausgibt — und auch nicht ausgeben kann. Ferner kommt auch noch die politische Einstellung der Leitung des Börsevereins mit in Frage, besonders dem sozialistischen Buchhandel gegenüber, der allerdings trotz aller Hemmung, die ihm von jener Seite bereitet werden, rüstig voranschreitet. Das ärgert den Börseverein natürlich ganz gewaltig, und der leitende Redakteur des „Börseblattes“, Dr. Gerhard Mens, beschäftigt sich denn auch bereits in Nr. 134 vom 11. Juni mit dem sozialistischen Buchhandel und den Buchgemeinschaften, indem er einen Artikel der „Münchener Post“ in seine Ausführungen mit einfließt, der für die Parteibuchhandlungen und die sozialistischen Buchgemeinschaften Propaganda macht. Dr. Mens knüpft daran die Bemerkung:

Nicht das ist das Beachtliche an diesen Auslassungen, daß zur Separierung des sozialistischen Buchhandels und seiner parteigebundenen Abnehmererschaft aufgefordert wird. Damit mußte schon lange gerechnet werden. Eine Überwindung dieser im Hinblick auf die erstrebenswerten Volksgemeinschaft bedauerlichen klassenkämpferischen Einseitigkeit und Unfreiheit wird erst möglich sein, wenn sich die Parteiherrschaft einmal überlebt hat. Dann aber wird die an sich durchaus anerkanntswürdige Bildungsarbeit, die hier propagiert und wieder einmal geleistet ist, auch für den Buchhandel im allgemeinen Frucht tragen. Denn wer überhaupt an regelmäßige Lektüre gewöhnt worden ist, wird, wenn ihm erst die parteiische Einseitigkeit zuwider wird, in seinem Hunger nach wahrem Bildungssstoff um so mehr nach Büchern auch anderer Art und Herkunft greifen. Der nicht parteimäßig gebundene Buchhandel — und das ist die Hauptsache — darf nur den Anschluß nicht verpassen. Die Lehre, die aus jenen Auslassungen in erster Linie zu ziehen wäre, ist die, daß es die Bedeutung der noch nicht eroberten, möglichen Bücherläufer recht zu erkennen gilt. Es gibt in der Tat noch reiche Absatzgebiete, die vorläufig völlig ungenügend bearbeitet werden, zum Teil sogar noch gänzlich unererschlossen sind.

Die „Münchener Post“ unterzieht diesen Graß einer recht „liebepollen“ eingehenden Betrachtung: „Daß das sozialistische Buch vom bürgerlichen Buchhandel boykottiert wird, gesteht Herr Dr. Mens stillschweigend zu. Es läßt sich ja auch ebensowenig bestreiten, wie der andere Umstand, daß der bürgerliche Buchhandel und sein Börseverein bei der Hundertjahrfeier durch Kriegervereinstrebungen und schwarzweißrote Tugenden ihren Ungeist offen gezeigt haben. Natürlich wissen wir, daß es deutsche Buchhändler gibt, die diesem Nummernschanz fern stehen; aber sie haben sich bisher nicht zum Wort gemeldet.“ Dieses offene Herorkehren des antirepublikanischen Standpunktes anläßlich der Hundertjahrfeier ist nicht nur von Arbeitersseite bemängelt worden. Jeder christliche Republikaner, auch wenn er nicht Sozialist ist, müßte sich entrüsten über den Mangel an Lakt, der beim Flagen in Leipzig zur Hundertjahrfeier zutage trat. Welche faulen Entschuldigungen zur Begründung des schwarzweißroten Flaggens gegeben wurden, davon zeugt ein Fall in einer großen Leipziger Druckerei und Verlagsanstalt, in der erst auf Veranlassung des Arbeiterrats die schwarzweißrote Fahne durch eine schwarzrotgoldene ersetzt wurde, die aber — da die Firma sie angeblich nicht beschaffen konnte — vom technischen Personal gekauft wurde. Ich verzette vielleicht nicht zu viel, wenn ich sage, daß das „Börseblatt“ dem Betrieb nicht sehr fern steht! Aber seine Redaktion mag „unverantwortlich“ für diesen Flagenstreik sein, genau so wie für den „Sprechaal“, der in Nr. 134 eine auch von der „Münchener Post“ beanstandete faulstidige Gratisreklame enthält für einen deutschwärtigen Verlag, denn anders kann man die folgenden Zeilen doch nicht bewerten:

Obwohl ich für meine Neuererscheinungen immer zwei Probestücke mit 45 Proz. anbiete, sind die Lagerbestellungen so gut wie Null. Ja, wenn das Sortiment nichts für den Verlag tut, darf es auf keine Gegenliebe rechnen; und ich bin derselben Meinung wie der Verfasser des einen Artikels im „Doch von Lauenstein“, daß 25 Proz. schon viel zuviel sind für diejenigen, die lieber „Larsan“ und „Junggefallen“ verkaufen und das gute Buch nur besorgen, wenn es beim besten Willen nicht anders geht. Meine Herren Sortimentler! Der Sozialismus, Internationalismus und die Demokratie haben abgewirksamkeit. Die Zukunft gehört dem völkischen Gedanken! Verpassen Sie den Anschluß nicht!

Die „Münchener Post“ fragt nicht mit Unrecht: „Ob Herr Menz im redaktionell unbeabsichtigten Teil für solche Kellame auch dann Raum hätte, wenn sie, sagen wir, vom Verlage Dieck oder von dem bürgerlich-republikanischen Verlage Ernst Oldenburg in Leipzig verjucht würde? Es ist wahrscheinlich, daß sich die Redaktion in diesem Falle auf ihre pflichtmäßige Neutralität besinne; denn sie läßt zwar Antisemiten ausführlich zu Wort kommen, sogar mit Entschuldigungen für die Ermordung eines Juden, schlägt aber die darauf eingehenden Entgegnungen halbduzendweise ab.“

Wo es nun aber um den Profit geht, da hält man es für wichtig, sich auch derjenigen Kreise anzunehmen, auf die man erst durch die Ausführungen der „Münchener Post“ mit der Nase draufgestoßen worden ist. Allerdings brauchen die Herren ihre Hoffnungen nicht allzu hoch stellen. Die „Münchener Post“ hat schon recht, wenn sie schreibt: „Kaum klug wäre es wohl, sich um den Arbeiter als Bücherkäufer zu streiten, bevor der Arbeiter recht Bücherkäufer geworden ist. Aber mit voller Sicherheit kann zunächst gesagt werden, daß der bürgerliche Buchhandel heute (wie seit Entstehen der Arbeiterbewegung) viel zu denksam und zu wenig anpassungsfähig ist, um die Massen anders als mit Magazinen zu befriedigen, gegen die er sich zum Teil erst patriotisch gewehrt hat, um sie schließlich doch wegen Rabattsakes tätig zu verkaufen... Die sozialdemokratischen Buchvertriebsstellen werden nicht ganz unbedingt die gleiche Scheu vor dem nicht „sozialistischen“ Buch empfinden, wie sie der bürgerliche Buchhandel vor dem sozialistischen Buch hat. Sie würden hineinnehmen können, was ihnen geistig nahesteht, sofern es nur wertvoll ist.“

Die Büchergemeinschaften der Arbeiter aber — die Büchergilde Gutenberg wie auch der Bücherkreis — werden nach wie vor ihren Mitgliedern ganz besondere Vorteile sichern, und wenn der bürgerliche Buchhandel noch so sehr dagegen Sturm läßt. Eine Bewegung von solchen Ausmaßen, wie sie die Arbeiter-Büchergemeinschaften nach so kurzer Zeit schon angenommen haben, läßt sich weder tollschweigen noch todtreden oder tollschreiben. Vom Abwirtschafte des Sozialismus ist da wenig zu spüren. So wenig wie der Lebensmittelhandel die Konsumgenossenschaftsbewegung untergrüht hat, so wenig wird der bürgerliche Buchhandel trotz seines Börsemonopols die Bücherkonsumentenbewegung untergrüht; er wird sich umstellen müssen, wenn er nicht der Leidtragende sein will!

Berlin.

Artus.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Zwei frühere Vorstände unfres österreichischen Bruderverbandes, die Kollegen Franz Keilmüller und Leopold Pöschop, konnten im Monat August ihr fünfzigjähriges Bezirksjubiläum begehen. Durch ihre langjährige Wirksamkeit als ehemalige Obleute des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter sind beide Jubilare auch außerhalb Österreichs bekannt geworden. Möge ihnen ein heiterer Lebensabend beschieden sein.

Die Lohnbewegung der Schriftsetzer gelangte mit Ende Juli zum Abschluß. Die Revision des Tarifs hatte folgendes Ergebnis: Die allgemeinen Bestimmungen des Buchdrucker-Tarifs und dessen Dauer werden übernommen. Die Basis für das Berechnen bildet der Multiplikator 1,29 (12,900). Das frühere System des Umrechnungsschlüssels wurde aufgehoben. Der Guß von Letzta wird wie Mittel bezahlt. Bei schmalen Schriften wurde die neue Fassung anerkannt. Bei Guß aus Sehmashinenmatrizen wird die nächst höhere Kolonne bezahlt. Das Zuschlagel für Hohlguß wird um einen Heller erhöht. Die übrigen Bestimmungen des Tarifs bleiben unverändert und gelten in Zukunft nur die im Tarif festgelegten Bestimmungen. Auf Grund dieses Abkommens beträgt für die im Wochenlohn stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen die Zulage 6 Proz. und für die Akkordarbeiter 3,8 Proz. Der Höchstarif wurde wie folgt festgesetzt: Korpus 6 und 7 = 33, Korpus 8 = 20, Korpus 9 und 10 = 18, Korpus 12 und 14 = 15, Korpus 16 bis 24 = 12, Korpus 28 und mehr = 11, Schreibschriften usw. = 22.

Tschoslowakei. Der zweite ordentliche Verbandstag des Verbandes der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik findet Sonntag, den 27. September, und folgende Tage in Prag statt.

Holland. Der Jahresbericht des holländischen Buchdruckerverbandes über 1924 fängt an mit den pessimistischen Betrachtungen, die seien seine Vorgänger in den letzten Jahren kennzeichneten. Die andauernde Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist noch immer ein großes Ubel, das den Betrieb und seine Angehörigen heimsucht. Die Erwerbslosigkeit und die Aussicht, nimmermehr Arbeit im Beruf zu erhalten, hat manchen Kollegen dazu verleitet, Zwerchbuchdruckerbetriebe zu gründen, deren elende Existenz abhängt von überflüssigen Geradbrüden der Druckpreise und einer übermäßig langen Arbeitszeit. Auch im Buchbindergewerbe,

wo es durch Hausarbeit leichter ist „Prinzipal“ zu werden, wird dieselbe traurige Erscheinung wahrgenommen. Der Darstellung der Vorgänge im verflochtenen Jahre folgt die statistische Übersicht, aus der wir einige Ziffern hervorheben wollen. Die Mitgliederzahl ist 1924 mit 362 zurückgegangen; Ende 1924 zählte der Verband 9368 Mitglieder. Diese Zahl setzt sich zusammen aus 4135 Handsetzern, 686 Maschinensehern, 2291 Druckern und 2256 Buchbindern. Hierzu sind mitgerechnet 403 weibliche Arbeitskräfte und 513 Lehrlinge. 1229 Mitglieder wurden aus verschiedenen Gründen aus den Listen gestrichen. 411 800 Wochenbeiträge zu durchschnittlich 84,7 Cent wurden in 1924 geleistet. Für das Verbandsorgan „Grafisch Weekblad“ wurden verausgabt 17 692 Gulden bei einer Gesamtauflage von 568 350 Exemplaren. Die einmaligen Unterstützungsgelder an Angehörige verstorbener Mitglieder betragen insgesamt 4547,50 Gulden. An Streikunterstützung wurden gezahlt rund 5632 Gulden, an Krankenunterstützungen 57 270 Gulden. Das Gesamtvermögen stellte sich auf rund 665 843 Gulden (1923 rund 635 923 Gulden) oder pro Mitglied 60,26 Gulden. Der Bericht schließt mit einer ausführlichen Betrachtung über die Arbeitslosigkeit im Verbandsgebiet. Obwohl in 1924 die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder von 2840 auf 2352 und die Ausgaben der Arbeitslosenkasse von rund 231 548 auf rund 112 495 Gulden zurückgingen, gebe die allgemeine Lage im Gewerbe trotzdem keinen Grund zu optimistischen Betrachtungen. Die geringere Zahl der Arbeitslosen gegen das vorige Jahr sei zurückzuführen auf die Flucht vieler Arbeitslosen aus dem Buchdruckgewerbe. Der Berichtsteller konstatiert, daß das holländische Buchdruckgewerbe in 1924 weniger schlecht war als sein Vorgänger. Daß immerhin die Zahl der Arbeitslosen noch so groß ist, finde nicht mehr hauptsächlich seinen Grund in der Verminderung der Aufträge. Seit die verrückte deutsche Wäluawirtschaft zu Ende ist und somit die Wäluawirtschaft nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, hat auch die massenhafte Verschidung von Druckaufträgen nach Deutschland aufgehört. Dennoch werden noch ziemlich viel Druckarbeiten — meistens nur Neudrucke von wertlosen Romanen — nach Deutschland gegeben. Auch wir würden diese Arbeiten gern hier herstellen, aber dagegen ist wenig auszurichten, weil die deutsche graphische Industrie in bezug auf die Herstellung von Neudrucken technisch besser fundiert ist. Das zum Teil Verschwinden dieser Art von Arbeiten hat aber keinen nennenswerten Einfluß auf die Größe der Arbeitslosenzahl. Dafür sind andre Ursachen zu verzeichnen, vor allem die technischen Veränderungen — oder Verbesserungen — im graphischen Betrieb. Im Buchdruckgewerbe sowie im Buchbinderbetrieb hat die Maschine viel Handarbeit ersetzt, und das war die Ursache, daß Arbeiter sich immer aus dem Beruf gedrängt wurden. Zumal die Handsetzer wurden dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen. Aus dem Bericht geht weiter noch hervor, daß über zwei Drittel der Arbeitslosen das Alter von 30 Jahren noch nicht erreicht hatten.

Schweden. Welchen Umfang die Einfuhr von Büchern in schwedischer Sprache in den Jahren 1920—1921 angenommen hat, zeigte eine interessante Statistik des Zollkomitees im schwedischen Verbandsorgan. Während in den Jahren 1915—1918 die Einfuhr von gebundenen Büchern in schwedischer Sprache 4 Ton betrug, waren es allein im Jahre 1920 eine Menge im Gewicht von 105,9 Ton, 1921 sogar 136,1 Ton. Für ungebundene Bücher betragen die entsprechenden Büchermengen 1915—1918 nur 0,6 Ton bzw. 22,8 und 73 Ton. Dies gilt für die Einfuhr aus Deutschland. Aus dem übrigen Ausland kam nur die Einfuhr aus Finnland in Betracht, die 1915—1918 0,9 Ton für gebundene Bücher betrug, dagegen 1921 26,7 Ton, für ungebundene entsprechend 8,3 Ton bzw. 77,3 Ton. Diese Zahlen muß man in Betracht ziehen, wenn man die Klagen des schwedischen Verbandes beim Internationalen Sekretariat richtig beurteilen will. Die Einführung der Goldwährung hat übrigens die Einfuhr von Deutschland fast aufgehoben.

Norwegen. Am 19. Juli feierte der Norwegische Zentralverband für Buchdrucker sein 40jähriges Jubiläum in Oslo. Zum Feste war auch Kollege Verdan vom Internationalen Sekretariat in Bern anwesend sowie zwei von den Gründern des Verbandes, die besonders geehrt wurden. Gerade in die Festzeit fiel der 80. Geburtstag des einen Veteranen, Chr. Soltermann Knudsen, der nicht nur ein hervorragender Führer der Buchdrucker, sondern überhaupt der bedeutendste Mann der älteren norwegischen Arbeiterbewegung ist. Heute, in der Zeit des Kampfes zwischen drei Arbeiterparteien, steht er nicht mehr im Vordergrund. Knudsen gründete 1884 das Blatt „Vort Arbeide“, das den Anfang der norwegischen Arbeiterpresse verkörpert, und war ein Menschenalter Vertreter der Arbeiterschaft im Storling sowie deren Führer im Kampf gegen den Kapitalismus. In den Bestrebungen um die Gründung eines das ganze Land umfassenden Verbandes für unsern Beruf fand er einen aufopfernden Kameraden in dem Leipziger F. B. Schulte, der auch der erste Vorsitzende des Zentralverbandes war, da er aus Deutschland gute organisatorische Kenntnisse mitgebracht hatte. Beide alten Kämpfer stehen noch in der täglichen Arbeit, der Letztere mit seinen etwa 70 Jahren am Rast. — Die Zahl der Arbeitslosen in Norwegen immer noch sehr groß. — Aus dem Jahresbericht des Verbandes für 1924 geht hervor, daß die Mitgliederzahl am Ausgang des Jahres 3371 betrug, davon 2435 Gehilfen und 939 Hilfsarbeiter. Infolge der langen Aussperrungen hatten diese Arbeiter 62 886 verlorene Arbeitstage, aber noch größer war die Anzahl der wegen Mangels an Arbeit verlorenen Tage, nämlich 63 848. Der Durchschnittslohn für Gehilfen in Oslo bewegte sich um 100 Kr. pro Woche mit etwa 3 Kr. durchschnittlich mehr in den Druckereien, die außerhalb des Prinzipalsvereins standen. In Anbetracht des niedrigen Kronenkurses und der daraus folgenden geringen Kaufkraft der norwegischen Krone war der Lohn 1924 sehr niedrig. Zwischen ist der Lohn etwas gestiegen und ebenso auch die Kaufkraft der Krone.

Internationale soziale Rundschau

Ein großer Kampf der englischen Bergarbeiter wurde vorläufig damit beendet, daß der Staat den Bergwerksunternehmern einen Zuschuß gewährt, aus dem sowohl die bisherigen Bergarbeiterlöhne unter Beibehaltung der Siebenstundenarbeit unter Tag bezahlt, wie auch den Unternehmern ein Profit garantiert wird. Die Lösung ist bei weitem nicht unbedenklich. Der Staat hat nicht nur die Löhne, sondern auch die Profite sichergestellt und den Zuschuß auch den mit Gewinn arbeitenden Bergwerken zugesichert. Das System der staatlichen Subventionen birgt auch sonst große Gefahren in sich. Vor allem werden aber die brennenden Fragen der Kohlenwirtschaft durch die Gewährung des staatlichen Zuschusses nicht gelöst, sondern nur verlagert. Die Nationalisierung der Kohlenwirtschaft, welche nur mittels einer großzügigen Sozialisierung erreicht werden könnte, wurde eher vereitelt als gefördert. Die grundsätzliche Bedeutung des Erfolges liegt aber darin, daß sich die gesamte Kraft der englischen Gewerkschaften als eine ungeheure Macht darstellte, der die konservative Regierung Englands nachgeben mußte. Die Bergarbeiter führten ihren Kampf unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Von der Weltkohlenkrise ist ja der englische Kohlenbergbau am schwersten betroffen. Daß der Konflikt trotzdem nicht auf Kosten der Hungerlöhne der Bergarbeiter ausgetragen wurde, ist dem einigen Vorgehen der englischen Gewerkschaften auszusprechen. Die Großgewerkschaften, vor allem die Transportarbeiter, haben sich mit den Bergarbeitern solidarisch erklärt, und im Falle eines Bergarbeiterstreiks hätten die Eisenbahner den Kohlentransport eingestellt. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter hat die Einheitsfront der Gewerkschaft hergestellt und hat dadurch die Pläne der Unternehmer vereitelt.

Auch in andern Ländern hatten die Bergarbeiter große Arbeitskämpfe auszutragen. Im Saargebiet wurde der Streik, an dem 75 000 Bergarbeiter beteiligt waren, beendet. Die Lohnforderungen konnten infolge der Weltkohlenkrise nicht durchgeführt werden. Die von der französischen Bergverwaltung — die Saarkohlegruben befinden sich in französischem Staatsbesitz — angebotene Lohnerhöhung von 5 Proz. steht zur Feuerung in keinem Verhältnis. Trotzdem konnte eine Anzahl Forderungen in bezug auf den Ersatz für die Feiertage und auf sozialpolitische Verbesserungen erreicht werden, so daß von einem Abbruchserfolg geredet werden darf. Auch in den Vereinigten Staaten sind große Arbeitskämpfe im Kohlenbergbau, sowohl für Weichkohle wie für Anthrazit, zu erwarten. Den Lohnforderungen der Bergarbeiter steht die Absicht der Unternehmer, die Löhne im neuen Tarif herabzusetzen, entgegen.

Zurzeit wird eine Anzahl von Großkämpfen geführt: in der englischen Wollindustrie und in der belgischen Metallindustrie. Die Unternehmer wollen in beiden Ländern eine Lohnerabsetzung von 5 Proz. durchsetzen. Von der Ausperrung der Arbeiter der englischen Wollindustrie werden 200 000, vom Streik der belgischen Metallarbeiter 75 000 Arbeiter betroffen. Zurzeit bestehen Ausichten für die baldige Beilegung der großen Streiks. In England wurde eine paritätische Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in der Wollindustrie eingesetzt. Indessen gehen durch die großen Streiks riesige Arbeitswerte verloren. — In Frankreich kämpfen über 20 000 Bankbeamte für die Erhöhung ihrer Gehälter, die geradezu unglücklich niedrig sind, und verbinden ihre Streikbewegung mit der Forderung nach Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Organisation und nach Urlaubs- und andern sozialpolitischen Zugeständnissen. — In Indien wollen die Unternehmer die Hungerlöhne der Textilarbeiter um 11½ Proz. herabsetzen, und es steht dort ein Streik von 100 000 Textilarbeitern bevor. Der große Streik in Schanghai ist mangels einer festen Organisation und Führung zusammengebrochen. Bezeichnend für die chinesischen Zustände ist, daß Arbeitslose aus dem Gebiet Hongkong mit Gewalt entfernt wurden, was, wie die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ bemerkt, der Aufrichtung einer industriellen Sklaverei fast gleichkommt.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in einer Anzahl von Ländern weiter verschlechtert. Außerordentlich erhöht hat sich die Arbeitslosigkeit in England, wo die Zahl der Arbeitslosen am 4. August 1 260 400 betrug, 62 000 mehr als eine Woche, und 180 000 mehr als ein Jahr zuvor. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen noch viel größer, weil die Statistik nicht sämtliche Arbeitslosen erfasst. Verschlechtert hat sich der Beschäftigungsgrad in Schweden, wo die Metallindustrie sich in freischaftlichem Zustand befindet und auch die Holzindustrie nicht die im Sommer sonst übliche große Beschäftigung bietet, in Österreich, in Belgien und Holland. Auch ist die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im Wachsen begriffen. Man kann sie auf über zwei Millionen schätzen.

Die Arbeitszeitfrage führte in Polnisch-Oberschlesien zu einer umfangreichen Ausperrung der Sittnarbeiter. Am 21. Juli lief die Frist ab, bis zu der die Arbeitszeit auf zehn Stunden verlängert war. Die achtsündige Arbeitszeit sollte am 1. August wieder hergestellt werden. Die Arbeitgeber sträubten sich dagegen und sperrten etwa 35 000 bis 40 000 Arbeiter, die die zweite Schicht nicht führen, aus. Durch eine Verordnung des polnischen Arbeitsministers, der die Wiedereinführung des Achtstundentages für die ost-oberschlesische Metallindustrie, wenn auch nicht gleichzeitig für alle Betriebe, sondern etappenweise vorsieht, konnte der Konflikt beigelegt werden. Im englischen Verbau konnte, wie oben bereits erwähnt wurde, der Antritt auf die Arbeitszeit abgewehrt werden. Die belgische Renierung hat weitere bindende Aufgaben für die baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gemacht.

Unter den sozialpolitischen Fragen, welche im letzten Monat behandelt wurden, sollen erwähnt werden: der dem französischen Parlament unterbreitete Entwurf eines Urlaubsgesetzes für die Arbeiter, die Mittelung des sozialpolitischen Programms der belgischen Regierung, vor allem in bezug auf den Mieterhoh und den Ausbau der Sozialversicherung. Die Frage der Soziallöhne wurde in England und in Frankreich erörtert. In England handelt es sich erst um die Einführung dieser Einrichtungen, während in Frankreich ein nationaler Kongress über die bisher erreichten großen Erfolge der Ausgleichsstufen berichte. Das dringende Problem der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte zwischen Land und Stadt beschäftigte die französische Regierung, die eine gesetzgeberische Aktion für einen besseren Ausgleich der Arbeitskräfte plant, desgleichen die Regierungen in Südafrika, wo die Behebung der arbeitslosen Arbeitslosigkeit von der Überleitung der Industriearbeiter in die Landwirtschaft auf Grund geeigneter Maßnahmen erhofft wird.

Die Organisation der Arbeiter machte einige beachtenswerte Fortschritte. Der Anstich der Organisation der französischen Lehrer an den französischen Gewerkschaftsbund ist ein Ereignis von Wichtigkeit, indem er eine an Zahl und Bedeutung große Schar — 100 000 Lehrer — den gewerkschaftlichen Arbeitsmethoden zugeführt hat. Auf dem jüngst in London stattgefundenen Kongress der Arbeiterparteien im britischen Reich wurde über die fortschreitende Organisation der Arbeiterchaft in den Dominions, vor allem in Kanada und Südafrika, berichtet. Desgleichen schreitet die Organisation der Arbeiterchaft in Mexiko fort, wo in letzter Zeit die Schaffung einer Einheitsorganisation der Eisenbahner erfolgte.

Probleme der Arbeit wurden auf einer Anzahl von nationalen und internationalen Gewerkschaftskongressen erörtert. Es fanden internationale Kongresse der Holzarbeiter, der Maler, der chemischen und der Tabakarbeiter, nationale Kongresse der belgischen, holländischen, polnischen und spanischen Gewerkschaftszentralen statt. Unter den zahlreichsten auf den Kongressen erörterten Problemen spielte der Anstich der russischen Gewerkschaften eine große Rolle. Die ziemlich entgegengesetzten Resolutionen des Internationalen Holzarbeiterverbandes mit denen der Tabakarbeiter zeigen, wie weit diese Frage noch von einer Lösung entfernt ist. Die Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen Streikklasse wurde auf dem belgischen Gewerkschaftskongress wie auch auf dem der Tabakarbeiter erörtert. Auf den internationalen Kongressen der Maler und der chemischen Arbeiter wurde ausführlich über die Verhütung von Berufskrankheiten, Bleivergiftung usw. verhandelt, und es wurden diesbezügliche Forderungen aufgestellt. Der holländische Gewerkschaftsbund hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die nächste Zeit ausgearbeitet. Der Spanische Gewerkschaftsbund forderte die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung macht sich jetzt, wo infolge der Wirtschaftskrise eine große Arbeitslosigkeit in Spanien herrscht, sehr fühlbar. Der Staat soll jetzt dem Unterstützungsfonds der Gewerkschaften einen geringfügigen Beitrag als Hilfe zuführen. Auch hat der Spanische Gewerkschaftsbund die Umorganisation der Gewerkschaften in Industrieverbände als wünschenswert erklärt. Auf der Konferenz der Arbeiterparteien des britischen Reiches wurde die Frage der Schwabölle gegen Schmuckkonturrenz, das heißt die Erzhwerung der Einfuhr aus Ländern, wo die Washingtoner Konventionen nicht ratifiziert werden, erörtert. Diese Idee, welche in dem österreichischen Zolltarif bereits Eingang gefunden hat, wird von der englischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften lebhaft befürwortet. Es wird ausdrücklich betont, daß es sich dabei nicht um eine Schutzpolitik handelt.

A. S.

Rus dem Genossenschaftsleben

Die genossenschaftliche Internationale

ist am 4. Juli zum erstenmal in Deutschland stärker in Erscheinung getreten, indem dieser Tag, der zugleich das Nationalfest der Unabhängigkeitserklärung Nordamerikas bedeutet, von den großen Konsumvereinen als „Internationaler Genossenschaftstag“ gefeiert wurde. Der Feiertag lag die praktische Idee einer Werbearbeit für die Konsumgenossenschaften in der ganzen Welt zugrunde, soweit eben diese „Welt“ dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen ist. Dies ist der Fall mit 27 Ländern, worunter sich alle großen Völker befinden, auch Deutschland mit seinen über 2000 Konsumgenossenschaften und 4½ Millionen genossenschaftlich organisierten Familien.

Der I. G. B. (lies: Internationaler Genossenschaftsbund) zählt in diesen 27 Ländern insgesamt 50 Millionen Mitglieder (Familien). Er ist also der Zahl nach eine der größten Wirtschaftsorganisationen der Welt. Und seine wirtschaftliche Bedeutung wie die Eigenart des Wesens der ihm angeschlossenen Genossenschaften besteht darin, daß die Grundsätze und die wirtschaftlichen Methoden, nach denen sie geleitet werden, überall die gleichen sind. Die „Pioniere von Rochdale“ — 28 englische Weber, die den ersten englischen Konsumverein gründeten — können einen riesigen Erfolg ihrer einfachen Grundsätze und Methoden verzeichnen, einen solchen, der nicht hinter dem der Wirtschaftsentwicklung irgend eines größeren Zeitalters zurückbleibt: ein Konsumverein der Welt im Jahre 1844 mit 28 Mitgliedern, 20 000 mit 50 Millionen in 80 Jahren später. — Was in diesen 50 Millionen Familien, mit den Angehörigen ungefähr 200 Millionen Köpfe umfassend, an Konsumkraft steckt, das ist die wirtschaftliche Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung überhaupt. Einerlei, ob diese Konsumkraft heute schon in den Konsumgenossenschaften voll ausgenützt werden kann, oder wird. Denn es ist

nur eine Frage der Zeit und der Aufklärung der Verbrauchermassen, bis diese Tatsache in Wirklichkeit eintritt. Was aber heute schon auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Warenverteilung und Erzeugung in der Welt sich „leben lassen kann“, das ist die Tatsache einer auf dem genossenschaftlich organisierten Konsum aufgebauten Gütererzeugung, die des Kapitalprofits und damit der kapitalistischen Ausbeutung der Massen als Produzenten (Arbeiter) und Konsumenten (Verbraucher) entzogen kann.

Diese Tatsache kann mit dem sehr umfangreichen Beweis der englischen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung am besten veranschaulicht werden. Über 4 1/2 Millionen Familien sind in den Konsumvereinen organisiert, das Anteilskapital der Mitglieder beträgt rund 1600 Millionen Mark, die Umsätze betragen 3500 Millionen Mark und die Zahl der beschäftigten Personen beträgt rund 140 000, wovon in den Produktionsbetrieben allein etwa 35 000 beschäftigt sind. Der Warenverkehr der englischen Grobeinkaufs-Gesellschaften ist im Jahre 1924 auf über 11 Milliarden Mark (= 11 000 Millionen) angewachsen.

Der englischen Konsumereinsbewegung am nächsten steht die deutsche mit ihren 4 1/2 Millionen Mitgliedern. Sie ist zahlenmäßig ebenso stark wie jene, steht aber an wirtschaftlicher Leistungskraft weit hinter ihr zurück, was einmal darauf zurückzuführen ist, daß die englische ein Vierteljahrhundert früher das „Licht der Welt“ erblickt hat und daß die Engländer während des Krieges gewonnen, wir verloren haben. Sehn Jahre wirtschaftlichen Stillstandes und wirtschaftlicher Rückschläge in einem Maße geben ein ungeheures Manko in der Entwicklung seiner genossenschaftlichen Wirtschaft. Und nur so ist es in erster Linie zu deuten, wenn 4 1/2 Millionen englischer Familien in einem Geschäftsjahr für 3500 Millionen Mark Waren einkaufen können, 4 1/2 Millionen deutsche aber nur für rund 500 Millionen, d. i. ein Siebtel.

Selbstverständlich spielen dabei die Einkommensverhältnisse des englischen Volkes eine Rolle, ebenso der Umstand, daß die Gütererzeugung der englischen Konsumvereine in den 80 bis 90 großen Fabriken ihrer Grobeinkaufs-Gesellschaften sich über alle Gewerbezweige erstreckt und so die englische Konsumgenossenschaft ihren Mitgliedern den gesamten Haushaltsbedarf und zum Teil aus den eigenen Unternehmungen bieten kann. Trotzdem könnten die Dinge auch in Deutschland wesentlich anders liegen, denn bei den heutigen Einkommensverhältnissen und Warenpreisen ist ein Durchschnitt von 500 M. pro Familie und Jahr ein Mindestmaß dessen, was jede Familie aus ihrer Genossenschaft zu beziehen in der Lage sein muß. Und worin die Verarbeitung an den Internationalen Genossenschaftstagen einen Wandel zum Besseren herbeizuführen bestrebt ist, 500 M. Umsatz einer Familie würden 2250 Millionen im Jahr ergeben.

Der I. G. B. als Träger des Internationalen Genossenschaftstages besitzt in den ihm angeschlossenen Organisationen einen starken Inhalt, der sich nicht nur bei den alle drei Jahre stattfindenden Kongressen äußert. Schon sind die ersten Schritte getan, um das genossenschaftliche Bankwesen international zu verknüpfen und damit die erste Voraussetzung zu schaffen für einen umfangreichen genossenschaftlichen Güterverkehr in Gegenseitigkeit. Es sind die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge in den Wechselbeziehungen der Völker, und wer, was an sich nicht weiter verwunderlich wäre, skeptisch vor „Illusionen“ warnen zu müssen glaubt, soll nicht vergessen, daß die 28 englischen Weber bei der erstmaligen Eröffnung ihres „Konsums“ in der Krötenstraße zu Nothdalen nicht nur von den Händlern, sondern von ihren eigenen Leidensgenossen ausgelacht wurden. U n d h e u t e ?!

Daß mit einer solchen internationalen Verknüpfung des Geld- und Warenverkehrs auch die allgemeinen weltpolitischen Beziehungen ein anderes Gesicht bekommen müssen, kann für alle die nicht zweifelhaft sein, die da wissen, daß in erster Linie, wenn auch nicht allein, die kapitalistisch-wirtschaftlichen Interessen eine große Rolle die Ursachen der gewaltigen Auseinandersetzungen sind, vor deren Fruchtbarkeiten wir heute noch erschauern müssen.

An ihrer Stelle müssen genossenschaftliche Interessengemeinschaften die gegenteilige Wirkung auslösen.

In den wirtschaftlichen Grundrissen und dem System des Genossenschaftswesens ist also auch eine große sittliche Idee enthalten, die bei jeder Gelegenheit zu fördern, Aufgabe jedes sein muß, der die kapitalistische Wirtschaft zwar als ein notwendiges Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft betrachtet, aber nicht als ihr Letztes und Bestes.

daß dort seine Gelder sicherer angelegt sind als in jedem Privatunternehmen, und gleichzeitig die Gewähr geboten ist, daß mit diesen Sparguthaben nur im Sinne der Arbeiterbewegung gearbeitet wird. Mit einem kräftigen Applaus, dieses selbstgeschaffene Werk in jeder Weise zu unterstützen und zu fördern, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Quartalsbericht, gab Kollege Braun zunächst bekannt, daß der Vertreter der Druckersparte, Kollege Ludwig Keller, wegen Berufsveränderung aus dem Gauvorstand ausgeschiedet. Für die von Keller in der Organisation, insbesondere aber innerhalb des Berliner Gauvorstandes im Interesse der Druckerkollegen geleistete Arbeit dankte Kollege Braun im Namen der Versammlung und wünschte ihm viel Glück in seiner neuen Tätigkeit. Von den Druckern wurde Kollege Walter Wieland als Spartenvertreter in den Gauvorstand neu gewählt, der auch von der Generalversammlung einstimmig bestätigt wurde. Nach einer abermaligen Aufforderung, der Bismarckalbe Gutenberg beizutreten, verwies Kollege Braun auf den Ausbau untrer Bibliothek durch Schaffung einer Jugendabteilung, zu der die Generalversammlung die Bewilligung der hierfür notwendigen Gelder dem Gauvorstand überließ. Hierauf berichtete er über den Verlauf des Jungbuchdruckerstages in Potsdam, der eine nicht erwartete große Beteiligung aufzuweisen hatte und trotz aller sich einstellenden Schwierigkeiten einen guten Verlauf nahm, wofür der Lehrlingskommission der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Als ein sehr trübes Kapitel, mit dem unbedingt ein Ende gemacht werden müsse, bezeichnete der Vorsitzende das Überstundenunwesen im letzten Vierteljahr. In einem geradezu erschreckenden Maße wurden von den Prinzipalen Überstunden verlangt, deren Leistung in diesem Umfang in keiner Hinsicht tariflich perantworlet werden konnte. Leider wurde hierin auch von einzelnen Kollegen ein Entgegenkommen gezeigt, das weit über das Maß des Menschlichen hinausging, worunter natürlich die Gesundheit der Kollegen sehr zu leiden und schließlich die Krankenkasse die Lasten zu tragen hat. Obwohl der Geschäftsangazurzeit etwas nachgelassen hat und bereits wieder einige hundert Arbeitslose auf dem Nachweis eingetragen sind, werden immer noch Überstunden in übermäßig großer Zahl geleistet. Kollege Braun wies erneut darauf hin, daß die Kollegen erst dann zu Überstunden verpflichtet sind, wenn die Bestimmungen des § 8 des Tarifs seitens der Unternehmer erfüllt sind. Auf die Zurechenbarkeit und die Engagements von außerhalb sollen die Vertrauensleute mehr achten und dem Vorstand hiervon rechtzeitig Mitteilung machen. Da einige Firmen infolge des vorhandenen Geldmangels mit der Lohnauszahlung bereits in Schwierigkeiten gerieten, sollen die Kollegen auch herbei unbedingt ihre Rechte wahren. Weiter nahm Redner zu dem Restantenunwesen Stellung. Der Vorstand werde hiergegen mit aller Strenge vorgehen. Sodann folgte ein Situationsbericht über den Schriftsetzerstreik. Die Generalversammlung sprach unsern streikenden Schriftsetzerkollegen sowie auch den ausgesperrten Bauarbeitern die vollste Sympathie aus. Der unsern streikenden Kollegen gewährte Mietzuschuß wird mit Zustimmung der Generalversammlung auch für den nächsten Monat gewährt. Leider hat sich auch aus den Reihen der Streikenden ein Arbeitswilliger, Hermann Gress, gefunden. Die Generalversammlung beschloß einstimmig den Ausschluß dieses Abtrünnigen.

Zurückkehrend auf die letzte Generalversammlung verlas Kollege Braun eine Notiz der „Roten Fahne“, die vertrauliche Mitteilungen seinerseits in völlig sinnenstimmender gegenseitiger Weise wiedergibt, die von der Prinzipalität Braun gegenüber ausgeschlachtet wurden. Der Redakteur der „Roten Fahne“ hätte soviel Takt aufbringen müssen, diese widersinnigen Bemerkungen eines fanatischen Verächtersfaktors zu streichen. Hierauf anschließend behandelte Kollege Braun die Lohnfrage. Ein eingegangener Antrag Schuster und Genossen verlangte die Klüftung des Lohnabkommens zum 1. Oktober. Der Vorsitzende begründete die Stellung des Gauvorstandes hierzu und empfahl nachstehende Entschliebung zur Annahme: „Der Reichskurs der Reichsparteien des Reichstages hat durch die vor kurzem beschlossene Zoll- und Steuererhöhung mit seiner unswelchehaft zu erwartenden und teilweise schon eingetretenen preistreibenden Auswirkung auf alle Lebensmittel und Bedarfsartikel eine die allgemeine Arbeiterschaft schwer beunruhigende Situation geschaffen. Die am 3. Juli eingetretene Lohnerhöhung von 2 M. kann nur als Ausgleich für die inzwischen eingetretene Mieterhöhung angesehen werden. Da der Lohnsatz bis 31. Dezember Geltung hat, eine so lange Zeitdauer unter den gegebenen Verhältnissen sich jedoch nicht rechtfertigen läßt, verlangt die Generalversammlung des Gaues Berlin, daß der Verbandsvorstand eine genaue Überprüfung der durch die Beschlüsse des Reichstages entstehenden Wirtschaftslage vornimmt und im Verein mit einer einuberufenden Gauvorsteherkonferenz die sich hieraus ergebenden Maßnahmen trifft.“ Nach kurzer Debatte, in der man sich der Ansicht des Kollegen Braun vollinhaltlich anschloß, wurde diese Entschliebung des Gauvorstandes einstimmig angenommen.

Roburg. Unre Salzhärsgeneralsammlung erfreute sich eines guten Besuches. Vorsitzender Smolinik gab einen kurzen Überblick über die vom Reichstag beschlossene Zoll- und Steuererhöhung, wodurch die Lebenshaltung der Winderbemittelten unzweifelhaft verschlechtert wird. Es wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der vom Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern erwartet wird, daß sie das bis 31. Dezember 1925 laufende Lohnabkommen sofort kündigen, um der beschlossenen Lebensmittelverteuerung einen Lohnausgleich gegenüberzustellen, denn höher als das geschriebene Wort stehe das Recht zum Leben. Eine Lohnerhöhung dürfte den Prinzipalen nicht schwer fallen, da ihnen ja eine Ermäßigung der Umsatzsteuer ausstehen worden ist. Den Kassenermächtigten für das zweite Vierteljahr trug Kollege Adam Selig vor. An die Kasse konnte infolge der guten Konjunktur bis jetzt höchste Summe für Beiträge abgeliefert werden.

Korrespondenzen

P. Berlin. (Generalversammlung vom 20. August.) Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Direktor Maier von der „Arbeiterbank“ einen sehr instruktiven Vortrag über Zweck und Ziele der von den freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ins Leben gerufenen Arbeiterbank. Der Referent bezeichnete als den Hauptzweck dieses Unternehmens die Organisierung der Finanzkraft der deutschen Arbeiterschaft. Nach ausführlichen Darlegungen über das Wesen und Ziel dieses neuen Grundpfeilers der Arbeiterbewegung wies der Referent besonders darauf hin, daß es nicht nur notwendig ist, daß die Gewerkschaften, Genossenschaften und die losstigen Organisationen in der Arbeiterbewegung ihre Gelder diesem Unternehmen anvertrauen, sondern auch die Arbeiter selbst, soweit sie zu schwachen in der Lage sind, ihre Spargelder, die bisher nur in privatkapitalistischen Spar- und Bankunternehmungen angelegt wurden, jetzt nur noch der Arbeiterbank überweisen, wo jeder Sparrer die Gewißheit hat,

Allgemeine Rundschau

Humor im Buchladen. Ein paar lustige Geschichten aus der buchhändlerischen Erfahrung wurden vor einiger Zeit im „Börtenblatt für den deutschen Buchhandel“ erzählt. Da kommt z. B. eine Dame und fordert einen neueren Roman von Rudolf Herzog. Nach dem Titel gefragt, erwidert sie: „Er handelt von einem Schlossermeister“. Der sündige Gehilfe kam darauf, daß sie „Wieland der Schmied“ meine. Ein Kunde wollte in einer Buchhandlung „Die Blechschmiede“ von Arno Holz haben. Der Gehilfe aber behauerte sehr, ihm das Buch nicht liefern zu können; sie führten keine technischen Bücher, und der Herr müsse sich an eine Spezialbuchhandlung wenden. In der Konfirmationszeit verlanat eine Dame eine Bibel. Es werden ihr verschiedene Ausgaben gezeigt, aber keine gefällt ihr. Schließlich sagt der Gehilfe, er habe auch noch eine Dürer-Bibel auf Lager. Diese aber lehnt die Dame entkrüstet ab mit dem Bemerkten, sie wolle keine Bibel von Dürer haben, sondern eine von Luther.

Tuberkelbazillen in alten Bäckern. Aber die Lebensdauer von Tuberkelbazillen in Bäckern bestanden bis jetzt Angaben mit weitgehenden Unterschieden. Albert Piesch schreibt in Heft 20 der Zeitschrift „Die Umschau“: Moureaux und Toussais arbeiteten mit Sputum und Kulturen. Wurden Bäckereiteilen mit Sputumverdünnungen benetzt und unter verschiedenen Bedingungen aufbewahrt, dann zeigte sich, daß noch nach 135 Tagen Aufbewahrung eine Infektion von Meerschweinchen möglich war. Wenn die Bäckerei dem Sonnenlicht ausgesetzt waren, verlief die Krankheit langsamer. Bei den Versuchen, wo Bakterienkulturen auf die Bäckereiteile gebracht wurden, konnte festgestellt werden, daß die Bazillen noch nach 58 Tagen ihre Virulenz besaßen. Nach 96 Tagen war ihre Virulenz erloschen. Die Frage hat eine gewisse praktische Bedeutung, indem die Notwendigkeit einer Desinfektion von alten Bäckern berechtigt erscheint.

Das Schwein und die Druckerwärze. Unter dieser Stichmarke berichteten sächsische Blätter aus Ostritz über folgendes heitere Vorwissen: Eine auffallende Verwandlung machten zwei hier verladene Schweine während ihres Transportes von hier nach Großschönau durch. Hier waren die Tiere blendend weiß, in Großschönau — schwarz. In dem Eisenbahnwagen war Buchdruckerwärze verpackt worden, die sich infolge der Hitze durch eine schadhafte Stelle aus dem Behälter befreite und einen Rückstand im Wagen gelassen hatte. Am lebendigen Leibe ließen sich die Tiere nicht reinigen, erst in geschlachtetem Zustande wurden sie in einer starken Sodalösung gebadet, um wieder ein „schweinemähiges“ Aussehen zu erhalten.

Die „Fernöstliche Bäckerei“ in Tokio. Das stattliche Gebäude der „Fernöstlichen Bäckerei“ in Tokio enthält den größten und wissenschaftlich wichtigsten Schatz von Büchern und Dokumenten über die Nationen des Fernen Ostens in etwa 25 Sprachen. Der größte Teil dieser Bücher gehörte, wie der „Kölnischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, früher dem Beklinger Korrespondenten der „Times“, Dr. George Morrison, wurde aber von diesem kurz vor seinem Tode an den gelehrten Japaner Sawon Swajati für 700 000 M. verkauft. Swajati fügte der äußerst reichhaltigen Bäckerei Morrissions 25 000 Bücher aus eignen Mitteln hinzu. Sie enthält jetzt mehr als 400 Wörterbücher sämtlicher asiatischer Sprachen und Mundarten, darunter viele, die dem Verständnis nur ganz weniger Spezialisten unter den Asien-Philologen zugänglich sind. Hunderte von andern Werken beziehen sich auf Völkertumliches in China, Tibet, die Mandchurei, Kaschgarien, Sibirien, Korea, Formosa, Japan und mehrere kleinere Völker. Eine besondere Abteilung ist der vollständigen Literatur, betreffend die rivalität zwischen England und Rußland über die Vorherrschaft an den westlichen Grenzen Chinas, gewidmet. Nicht weniger als 41 Ausgaben, darunter die Originalausgabe des berühmten Reisewerkes von Marco Polo, sind in der Bäckerei enthalten, ferner das Original des Logbuches der Fregatte „Lion“, die im Jahre 1797 den Lord Macartney und die Mitaflieder seiner Botschaft nach China beförderte, sowie mehrere hundert Landkarten, deren älteste bis in das Jahr 1666 zurückreicht.

Ein betrügerischer Bischof als Zeitungsherausgeber in Kopenhagen. Zu unsrer in Nr. 64 unter dieser Stichmarke erschienenen Notiz erhielten wir von der Firma Buchhandel und Verlag des Traktathauses, GmbH., in Bremen, also von interessierter Seite, eine „Klarstellung“, der wir folgendes entnehmen: „Neuerdings wieder verbreitete Meldungen, als ob nun gerichtlich erwiesen sei, daß der Methodistenbischof D. Anton Wast in Kopenhagen bewußte Fälschungen der Bücher und Vertreibungen von Kirchengebern begangen habe, entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Eine Anklage gegen den Bischof liegt nicht vor, sondern zufolge der Beschuldigungen, die von seinen persönlichen Feinden erhoben wurden, ist eine gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet, bei der nach dänischen Gesetzmäßigkeiten öffentlich verhandelt wird. Hierzu hat jedermann ohne weiteres Zutritt, selbst der Mann von der Straße. Der Zweck der Voruntersuchung ist, herauszufinden, ob die Anschuldigungen begründet sind. Ein Urteilspruch wird bei diesem Verfahren nicht gefällt. In den bisher stattgefundenen Vernehmungen hat die Gegenpartei den Nachweis für die Richtigkeit ihrer Behauptungen nicht zu erbringen vermocht. Die von sensationalistischen Kreisen erwarteten Enthüllungen sind ausgeblieben. Die öffentlich bekannt gewordenen Dinge sind weiter nichts als tendenziös entstellte Bruchstücke aus der Voruntersuchung. Wenn jener behauptet wird, es wären 70 Proz. der skandinavischen Methodistenangehörigen für Bischof Wasts Amtseinführung, so haben die Prediger aus Skandinavien, die auf der Jubiläumskonferenz in Bremen weilten, versichert, daß dies durchaus unrichtig ist, und daß die Methodisten von Dänemark, Schweden und Norwegen das Untersuchungs-

ergebnis der öffentlichen Instanzen sehr wohl in aller Ruhe abwarten können.“ — So ganz engsteht scheint selbst nach dieser „Klarstellung“ der fromme Gottesmann nicht zu sein.

Postbund für Geistesfreiheit. Aus dem Vorstandsbericht des Volksbundes für Geistesfreiheit geht hervor, daß sich die freigeistige Bewegung in den letzten fünf Jahren außerordentlich entwickelt hat. 600 000 Menschen sind in den verschiedenen größeren Organisationen zusammengelaßt. An freigeistigen Zeitungen gehen monatlich 400 000 Exemplare hinaus. Bemerkenswert ist, daß auch diese Organisation feststellen muß, daß geistiges Leben unter der Einwirkung der verlängerten Arbeitszeit ganz außerordentlich leidet. Nach neun, zehn, ja zwölftündiger Arbeitszeit sind die Arbeiter nicht mehr in der Lage, sich mit geistigen Dingen zu befassen. Das Organ des Bundes, die „Geistesfreiheit“, hat im letzten Jahre eine Erhöhung der Auflage um 7500 auf 30 000 Exemplare erfahren. Der Bund hat 128 Ortsgruppen mit zusammen 45 870 Mitgliedern einschließlich der Ehefrauen und ausschließlich der Kinder. 8410 Kinder erhalten freigeistigen Unterricht.

Arbeitsleistung im Postzeitungsamt. Die tägliche Arbeit im Postzeitungsamt in Berlin wird in der Ausstellungsgruppe „Presse und Verlehr“ der Deutschen Verlehrsausstellung in München dargestellt. Eine Statistik über die Verteilung und Versendung der dem Postzeitungsamt in Berlin täglich eingelieferten Zeitungen und Zeitschriften weist nach, daß von Zeitungen etwa 650 000 Stück, von Zeitschriften 760 000 Stück eingeliefert werden; zur Verteilung sind rund 850 Beamte erforderlich. In 145 Zügen werden die Zeitungen den Bezirken ausgeführt. Die Zahl der zum Postvertrieb angemeldeten deutschen Zeitungen hatte 1900 insgesamt 8726 betragen. Sie war bis zum Jahre 1913 auf 11 497 angewachsen. Trotz des Rückgangs im Kriege betrug sie 1920 wieder 10 500. Infolge des Verfalls der Währung ging sie bis 1924 auf 8988 zurück. Die Zahl der Zeitungsnummern, die von den Postanstalten im Reichspostgebiet abgesetzt wurden, betrug 1900 1 424 966 000. 1913 dagegen 2 447 979 000, 1920 war sie im Gegensatz zu den Unternehmungen, auf 2 656 778 000 gestiegen.

Lehrerbildungskongress in Berlin. Vom 30. September bis 4. Oktober findet im Bürgeraal des Schöneberger Rathauses der Lehrerbildungskongress der entschiedenen Schulreformer statt. Der große Hörsaal der Berliner Universität, den der Bund der entschiedenen Schulreformer im Oktober 1923 zu einer Tagung erhalten hatte, wurde im vorigen Jahre sowohl wie zu diesem Bildungskongress verweigert, weil „die Universität nicht der geeignete Rahmen“ sei und „die Rücksicht auf das Ansehen des Amtes und die Stetigkeit der Grundfeste“ an der Berliner Universität „es nicht gestatten“, von der Entscheidung des Herrn Amtsvorgängers abzusehen. Wie kann man auch eine Unterstützung der „entschiedenen Schulreform“ von der alten Alma mater erwarten!

Beilegung des Arbeitskampfes im Baugewerbe. Einer Meldung der Telegraphenunion zufolge haben die im Reichsarbeitsministerium am 27. August eingeleiteten Verhandlungen zur Verbindlichklärung des am 14. August gefällten Schiedspruchs nach außerordentlich schwierigen, während der ganzen Nacht durchgeführten Verhandlungen am Vormittag des 28. August zu einer Einigung geführt. Hierdurch wird die angeblühende Generalaussperrung aufgehoben. Es sind nicht nur die Facharbeiterlöhne in den strittigen Gebieten, sondern auch die Löhne der Hilfsarbeiter bis zu fünf Pfennigen pro Stunde erhöht worden. Danach beträgt der endgültige Stundenlohn vom 30. August ab für Facharbeiter in Berlin 1,25 M., Bauhilfsarbeiter 96 Pf., Unterbaden 1,15 M. bzw. 92 Pf., Oberbaden 1,12 M. bzw. 90 Pf., Freistaat Sachsen: Lohnklasse 1: Facharbeiter 1,08 M., Bauhilfsarbeiter 89 Pf. Für die Stadt Leipzig erfolgt eine Verlehrsulage von 6, für Dresden und Chemnitz eine solche von 5 Pf., auch für die Bauhilfsarbeiter. Für die zweite, dritte und vierte Klasse bleiben die Differenzen zwischen den einzelnen Klassen wie bisher bestehen. In der Provinz Sachsen und Anhalt erfolgt für die Facharbeiter in allen Klassen ein Lohnaufschlag von 5 Pf. Für die Bauhilfsarbeiter erfolgt keine Zulage. Mecklenburg: Facharbeiter in der Spitze 96 Pf., Bauhilfsarbeiter 83 Pf. Kassel: Facharbeiter 1,05 M., Bauhilfsarbeiter 85 Pf. Für das Tiefbaugewerbe ist ein Abschluß nicht gelangt. Diese Vereinbarungen sind endgültig. Die Arbeiten sollen möglichst am Montag, dem 31. August, aufgenommen werden.

Fünfter Internationaler Esperantokongress. Der fünfte Kongress des proletarischen Esperanto-Weltbundes „Sennacieta Socio Tutmonda“ hat in der Zeit vom 11. bis 14. August in Wien im Ottakringer Arbeiterheim stattgefunden. Trotz der Sabotage von seiten der reaktionären österreichischen Regierung waren 180 Arbeiter-Esperantisten aus 12 Ländern erschienen. Der Kongress fand unter dem Protektorat der Wiener Arbeiterkammer statt. Bei Eröffnung des Kongresses waren die verschiedensten proletarischen Organisationen vertreten. Der Vertreter der Wiener Arbeiterkammer, der Vertreter der österreichischen Freidenkerliga und andre begrüßten den Kongress in Esperanto. Die meisten Vertreter proletarischer Organisationen brachten ihr Bedauern zum Ausdruck, den Kongress nicht in Esperanto, sondern nur in Deutsch begrüßen zu können, so daß ihre Ansprachen übersetzt werden mußten. Die Berichte der leitenden Instanzen wurden nach eingehender Vorschau einstimmig gutgeheißen. Obwohl der Bund noch ein junger ist (er besteht erst seit 1921), hat er bereits sehr beachtenswerte Arbeit im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung geleistet. Das allwöchentlich erscheinende Bundesorgan „Sennaciuto“ hat im letzten Jahre fast nur Originalberichte über alle wichtigen, die Arbeiterklasse besonders interessierenden Geschäftnisse in allen Ländern gebracht. Viele im Sennaciuto enthaltene Berichte sind in 15–20 National Sprachen übersetzt, in der Arbeiterklasse fast der ganzen Welt erschienen. Obwohl für die Tagung des Kongresses fünf Tage vorgesehen waren, war es möglich, die reichhaltige Tages-

